

Beschluss des Landesvorstands

Unser Umgang mit der AfD: Klare Kante!

Liebe Kommunalpolitiker*innen,

seit den Kommunalwahlen am 09. Juni 2024 ist die rechtsextreme AfD in vielen Brandenburger Kommunalparlamenten stärkste Kraft. Wir als Bündnisgrüne stellen mit unseren Positionen weiterhin den klaren Gegenpol zu der rechteextremen Ideologie der AfD dar.

Wir geben Euch mit diesem Schreiben eine Handreichung für den Umgang mit der AfD in kommunalen Parlamenten. **Das Zeigen einer klaren Kante vor Ort ist nicht immer einfach, aber die Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Kommunen ist ein essenzieller Baustein einer starken Demokratie.** Die AfD ist keine Partei des demokratischen Spektrums und darf von uns auch nicht als solche behandelt werden. Sie verwendet drei Methoden:

- Die Grenzen des Sagbaren verschieben, um den Diskursraum in ihre Richtung zu verschieben,
- die Auflösung klarer politischer Grenzen, durch gelegentliche Übernahme gegnerischer Positionen,
- und die Selbstverharmlosung durch einen sachlich-freundlichen Anstrich.

Es gilt das Vorgehen der AfD zu durchschauen und konsequent bei unserer „klaren Kante“ zu bleiben.

- Wir lehnen Anträge der AfD konsequent ab!
- Wir geben der AfD keine Möglichkeit den Eindruck einer Zusammenarbeit mit uns zu vermitteln.
- Wir wählen und unterstützen Kandidat*innen der AfD nicht.
- Wir widersetzen uns allen Versuchen, demokratische Strukturen und Verfahren ad absurdum zu führen.
- Versuche der AfD, sich als Opfer darzustellen, geben wir keine Plattform, sondern verdeutlichen, dass sie die politische Brandstifterin ist.

So bilden wir gemeinsam als Landesverband mit unseren kommunalen Fraktionen eine **geschlossene Brandmauer** gegen die AfD. Diese Handlungsempfehlung soll mit Euch weiterentwickelt werden. Dazu brauchen wir Euer Feedback zu Euren Erfahrungen im kommunalpolitischen Alltag. Wendet Euch dazu bitte [per Mail](#) an uns.

Grüne Grüße,

Euer Landesvorstand

Konkret: Umgang mit der AfD im kommunalen Parlament

- ✓ Wir setzen auf den Schulterschluss mit allen demokratischen Parteien. Wir schieben diesen proaktiv an.
- ✓ Wir gehen mit der AfD in keinem Kommunalorgan Bündnisse (Koalition, Kooperation, Fraktion, Ausschussgemeinschaft etc.) ein.
- ✓ Kein*e Kandidierende*r der AfD wird mit Stimmen von uns Bündnisgrünen
 - o als 2. oder 3. Bürgermeister*in,
 - o als stellvertretende*r Landrät*in oder deren weitere Stellvertretungen,
 - o als Referent*in,
- gewählt oder – wenn nicht durch Geschäftsordnung ein Verteilungsschlüssel vorgegeben –
 - o in Aufsichtsräte
 - o in Verwaltungsräte, usw. bestellt.
- **Die AfD hat das Recht Kandidat*innen für Ämter (Ausschussvorsitz, Vorsitz der SVV/GVV oder des Landtag, Beigeordnete u.ä.) zu nominieren, aber kein Recht darauf, dass sie gewählt werden!**
- ✓ Gegen gesetzlich den AfD-Vertreter*innen zustehende Ausschusssitze sollten wir uns nicht abarbeiten, da sie dafür im Streitfall vor dem Verwaltungsgericht Recht bekommen und einen Sieg davontragen würden.
- ✓ Wir nehmen keine Wahl (in oben genannte Ämter) an, wenn wir diese **offensichtlich** nur durch die Stimmen der AfD gewinnen könnten (Beispiel Kemmerich in Thüringen). Das könnte z.B. passieren, wenn zwei Kandidat*innen demokratischer Parteien gegeneinander antreten. Der AfD wäre damit die Möglichkeit gegeben, den demokratischen Prozess zu blockieren. Wir müssen daher rechtzeitig zusammen mit den anderen demokratischen Parteien Lösungen mit Mehrheiten jenseits der AfD finden. Auch bei anderen Entscheidungen organisieren wir keine Mehrheiten mit der AfD und bleiben stets im Rahmen des demokratischen Lagers.
- ✓ Wir lehnen Anträge der AfD konsequent ab! Das bedeutet: wir stimmen keinem AfD-Antrag zu und kontern sie am besten mit eigenen Anträgen. Sinnvoll ist es, sich vorher auch mit den Gruppierungen des demokratischen Spektrums darauf zu verständigen. Liegt ein Antrag der AfD vor, den wir inhaltlich nicht zerlegen können, stellen wir – am besten in Absprache mit den anderen demokratischen Kräften – einen

besseren, weitergehenden Antrag, der den Antrag der AfD überflüssig macht. Dabei kommunizieren wir, wenn notwendig, unsere Ablehnung der AfD deutlich nach außen. Die antideokratische Haltung der AfD gegenüber kann als Begründung zur Ablehnung sachlich guter Anträge der AfD aufgeführt und klar so benannt werden. Demokratie ist für uns auch der Schutz von Minderheiten. Dagegen steht die AfD diametral und eine Stärkung der AfD durch eine unklare Haltung und Zustimmung von AfD Anträgen schwächt diese Minderheiten.

- ✓ Aber auch negative Mehrheiten, die durch das Ablehnen von Anträgen anderer Fraktionen mit den entscheidenden Stimmen der AfD zustande kommen sind Mehrheiten! Wir wollen der AfD nicht zu negativen Mehrheiten verhelfen, uns aber auch nicht von der AfD instrumentalisieren lassen.
- ✓ Auf Anträge der AfD sind wir gut vorbereitet. Eigene Standpunkte belegen wir mit Fakten. Am besten gar nicht den Antrag der AfD in den Mittelpunkt der Debatte und der eigenen Argumentation stellen, sondern die Sache.
- ✓ Wir achten darauf, dass Formulierungen in der Geschäftsordnung sehr klar und eindeutig sind und keinen Interpretationsspielraum lassen. Wir überlassen nichts mehr dem ‚good will‘ des politischen Anstands.
- ✓ Auch für die AfD gelten die politischen Spielregeln und demokratische Gepflogenheiten. Wir besprechen mit der Sitzungsleitung, dass sie konsequent darauf achtet und bei Missachtung demokratischer Spielregeln umgehend einschreitet.
- ✓ Demokratiefeindliche, menschenverachtende Aussagen und andere moralische Entgleisungen kritisieren wir unmittelbar und scharf. Wir besprechen zudem mit der Sitzungsleitung, dass diese sofort, klar und strikt einschreitet.
- ✓ „Freundlich, aber klare Kante!“ Wir wissen genau, dass ein unachtsamer Umgang von uns mit Vertreter*innen der AfD als Beitrag zu ihrer Normalisierung verstanden werden könnte. Deshalb verzichten wir auch auf Smalltalk, Treffen, unnötige schriftliche Kommunikation und etwa einen Handschlag mit ihnen, der z.B. in einem Foto etwas Falsches andeutet könnte.
- ✓ Einladungen zu Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen lehnen wir nicht grundsätzlich ab, weil die AfD auch dabei ist. Im Einzelfall wägen wir über unsere Teilnahme aber ab und stimmen unsere Strategie mit den anderen demokratischen Parteien ab. Wir arbeiten uns auf Podien nicht an der AfD ab, sondern beziehen an passender Stelle klar Position gegen sie und stellen ansonsten unsere Ideen und Themen in den Vordergrund.
- ✓ Die AfD wird zu unseren eigenen Veranstaltungen nicht eingeladen. An ihren Veranstaltungen nehmen unsere Repräsentant*innen keinesfalls teil.
- ✓ Wir verleihen der AfD keine Omnipräsenz und lassen uns nicht Themen diktieren. Wir haben einen chancenorientierten und humanitären Blick auf die Themenfelder Integration und Migration. Demokratiebildung sowie Erinnerungs- und Gedenkarbeit sind wichtige Bestandteile in unserer politischen Agenda.
- ✓ Wir nehmen die Rolle als Gegenentwurf zur AfD offen an und verdeutlichen sie. Wir beobachten die AfD und das rechte Spektrum vor Ort und prüfen Verbindungen. Wir beteiligen uns an überparteilichen

Bündnissen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Falls es bei uns keine solchen gibt, versuchen wir selbst welche zu initiieren. Wir nehmen an Fortbildungsangeboten zum Rechtsextremismus und Rassismus teil. Wir stehen im Austausch mit den Zuständigen für Strategien gegen Rechtsextremismus in unserer Partei (siehe Ansprechpersonen).

- ✓ Rechtsextremistische, hetzerische oder gewaltverherrlichende Kommentare unter unseren Postings in Social Media können auf den Plattformen gemeldet oder in strafrechtlichen relevanten Fällen per Screenshot gesichert und zur Strafanzeige gebracht werden (s.u.). Gegebenenfalls ziehen wir auch Unterlassungsklagen in Betracht. Fake-Profile werden rigoros blockiert.
- ✓ Bei Angriffen der AfD auf Einzelne von uns sind wir solidarisch und unterstützen uns. Nach außen treten wir entschlossen auf!
- ✓ Ausgetretene Mitglieder der AfD sind nicht automatisch Partner*innen für uns. In den meisten Fällen treten AfD-Fraktionsmitglieder aus der Fraktion aufgrund von internen Streitigkeiten oder aus Angst vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz aus. Nicht aber, weil sie Probleme mit dem rechtsextremen Gedankengut der AfD haben. Auch hier darf es keine Zusammenarbeit geben!

Ich bin Bedrohungen und Hass von Rechtsextremisten ausgesetzt, was kann ich tun?

- Die [Opferperspektive](#) hilft und berät bei physischen Bedrohungen und Gewalterfahrungen.
- Bedrohung und/oder Hasscontent (Mails, Kommentare in Social Media usw.) beim Online-Meldeportal „[Hasskriminalität für Amts- und Mandatsträger](#)“ des Landes Brandenburg melden.
- Bedrohungen und strafbare Äußerungen sowohl physisch als auch im Netz, anzeigen! Wendet Euch dazu gern vorab an die Landesgeschäftsstelle. → [Screenshot machen, falls gelöscht wird](#)
- Strafbare Inhalte auf Social Media direkt in den Plattformen melden.
- Bei Shitstorms auf Social Media wendet euch an Viktor Böse in der Landesgeschäftsstelle für Unterstützung.
- Wer von rechts abgemahnt oder verklagt wird – sei es wegen eines Artikels, eines Tweets o.ä. – kann sich an den [Gegenrechtsschutz](#) und sich an das Team der Landesgeschäftsstelle wenden.
- In akuten Fällen: Polizei anrufen!

Beratungsstellen

- [HateAid](#)
- [Opferperspektive](#)

Weiterführendes Material:

Belltower.news: „Lexikon AfD“ <https://www.belltower.news/lexikon/afd/>

Bundesverbabnd mobile Beratungen: [Bedroht zu werden, gehört nicht zum Mandat](#) (Broschüre)

VBRG: „[Rechte Angriffe im Netz. Auswirkungen und Handlungsempfehlungen](#)“ (Ratgeber)

Amadeu Antonio Stiftung: [Social Media-Tipps für die Zivilgesellschaft](#) (Onlineratgeber)

Amadeu Antonio Stiftung: [ModSupport](#) – Der Guide für deine Kommentarspalte